

Abwicklungen und „Aufwicklungen“ – Zu ihren Voraussetzungen und Wirkungen

Peer Pasternack

Wissenschaft?

Im Zusammenhang mit der Abwicklung und der darauf nunmehr folgenden „Aufwicklung“ der wartegeschleiften Sektionen/Fachbereiche taucht immer wieder eine Frage auf: Was war das eigentlich, was dort früher getan wurde – kann das ernsthaft als Wissenschaft, als Theoriebildung bezeichnet werden? Dazu zwei Behauptungen und folgend ein längerer Kommentar.

Die Behauptungen: 1. Der prinzipielle Ansatz von Wissenschaft im realsozialistischen Obrigkeitsstaat war die Affirmation. 2. Es mußte schon positiv gewertet werden, wenn überhaupt Theoriebildung stattfand und Wissenschaft Erklärungskraft besaß. Diese war dann auch partiell kritisch. Sie war jedoch nie grundsätzliche Infragestellung.

Die Studierenden erlebten in den Gesellschaftswissenschaften verschiedene HochschullehrerInnentypen. Da gab es Ideologie-Einpeitscher und Karriere-Konformisten einerseits und Widerstehende, zum großen Teil dann irgendwann Gefeuerte andererseits. Daneben gab es Leute, die sich aus allem herauszuhalten suchten und deshalb heute als „unbelastet“ gelten. Und dann gab es auch solche – was durchaus sensibel registriert worden

ist –, die sich bewußt in politische Strukturen begaben, um dort wenigstens Schadensbegrenzung zu betreiben. Im besten Falle erreichten sie mitunter auch geringfügige Grenzverschiebungen.

Der Kommentar: DDR-Gesellschaftswissenschaft ging also grundsätzlich von der Affirmation aus (und langte in aller Regel auch wieder dort an). Freilich: Gleichzeitig erarbeitete sich ein kleiner Teil der ostdeutschen WissenschaftlerInnen eine durchaus beachtenswerte kritische Distanz. Diese kritische Distanz bewegte sich im Rahmen eines „opportunistischen Protests“.¹

Bei der inhaltlichen Beurteilung muß ausgegangen werden von der Zweckbestimmtheit der Gesellschaftswissenschaften in der DDR. Sie sollten immer gleichzeitig theoretische Erklärung im Sinne parteilicher Doktrinen wie auch politische Konzeptbildung leisten. Jede Analyse mußte folglich verbunden sein mit politischen Verbesserungsvorschlägen. Letztere überdeckten dann auch oft genug den nicht vorhandenen analytischen Gehalt.

Bei den ernsthaften (wie gesagt: den geringeren Teil ausmachenden) Beiträgen der DDR-GesellschaftswissenschaftlerInnen muß im Nachhinein freilich auch eingestanden werden:

Die tatsächlich originären Ansätze fehlten, was als bemerkenswert empfunden wurde (und Hoffnungen wesentlich begründete), war mitunter originell, nicht aber originär.

Originell war es zum großen Teil wegen seiner antizipativen Zusammenfügung spätbürgerlicher Theorieansätze mit realsozialistischer Praxis. Insofern galt die Originalität gesellschaftswissenschaftlichen Denkens in der DDR nur innerhalb der realsozialistischen Strukturen als solche. Viele Diskussionen wirkten von außen bzw. wirken im Nachhinein banal und hinterwäldlerisch. Etwa die über zwei Jahrzehnte in Wellen geführte Diskussion, ob es im real existierenden Sozialismus „noch“ antagonistische Widersprüche gäbe. Das wichtigere an diesen Diskussionen war immer wieder der ideologische Sprengstoff, den sie in sich bargen.

Selbstbeschränkungen

Die DDR-Gesellschaft zeichnete sich – im Gegensatz zu den anderen Ostblockländern – bis lange in den Herbst '89 durch einen weitgehenden Grundkonsens aus. Das, was angestrebt wurde, sollte in irgendeiner Weise eine solidarische Gesellschaft werden. Viele bezeichneten diese als (erneuerten) Sozialismus. Andere vermieden den Begriff. Gemeinsam aber meinten (fast) alle: Diese Gesellschaft sollte auf der Dominanz gesellschaftlichen Eigentums beruhen. Das bestimmte auch die Denkansätze der kritischen GesellschaftswissenschaftlerInnen. Das Streben nach Sicherung der gesellschaftsstrukturellen Ausgangsbedingungen für eine tatsächlich emanzipatorische Entwicklung – gesehen in dem formal vergesellschafteten Eigentum – begründete eine Grundidentifikation mit dem System. Diese Grundidentifikation führte dazu, daß eine grundsätzliche Infragestellung des Systems nicht vorkam. Im Selbstverständnis der DDR-GesellschaftswissenschaftlerInnen hätte diese grundsätzliche Infragestellung eine Gefährdung dargestellt. Eine Gefährdung der – im Vergleich zum „funktionierenden“ Westen – besseren Ausgangsbedingungen für das angestrebte Projekt eines nichtstalinistischen Sozialismus. Real bedeutete dies aber auch eine permanente Selbstbeschränkung bei der Radikalität der Fragestellungen.

„Widerstandstradition“?

Der Teil der DDR-Gesellschaftswissenschaften, für den dies Beschriebene zutrifft, wurde – um es noch einmal zu sagen – durch die geringste Zahl ihrer VertreterInnen repräsentiert. Daß ein ungleich höherer Teil sich heute retrospektiv dort einzuordnen sucht, hat andere Ursachen. Zum einen sind diese zu suchen in dem ganz banalen Bestreben, sich in eine „Widerstandstradition“ zu stellen als dem Versuch, die eigenen beruflichen Überlebenschancen zu verbessern. Zum anderen aber spielt dabei auch ein bemerkenswertes Phänomen eine Rolle. Der Leipziger Erkenntnistheoretiker Bernd Okun formulierte dieses so:

... viele Marxisten (haben) sehr bequem, ganz und gar nicht in Opposition zu Honecker gelebt. Trotzdem hinderte das nicht wenige daran, sich gedanklich längst auf eine Nach-Honecker-Ära einzurichten, in eine innere Opposition zu gehen. Wie das zusammenpaßt – Opposition und Opportunismus – . . . : Die kritische Einsicht, jedenfalls die nichtöffentliche, rührte kaum an substantiellen Fragen, ging aber trotzdem auf Distanz. Das war kein Widerstand, aber auch kein stumpfsinniges Mitläufer-

tum. Es war ein ‚opportunistischer Protest‘ mit viel Material für Kritik am realen Sozialismus – und natürlich selbstberuhigend! Ein klassisches Phänomen deutscher Intellektueller: konstruktiver Opportunismus, der auch nach politischen Wenden ein verblüffendes Maß an Kontinuität ermöglicht.“²

Doch darüber hinaus: Nicht nur die innere Distanz, die wohlweislich kaum nach außen gelassen wurde, eignete vielen. Beinahe jede/r WissenschaftlerIn – angepaßt wie auch immer – kann gleichfalls über irgendein Erlebnis berichten, wo sie/er mal die harte politische Faust der „Diktatur des Proletariats“ zu spüren bekam. Das war sicher im Einzelfall mitunter tragisch, verbunden mit beruflicher Zurücksetzung oder besonderer parteilicher Beobachtung. Gleichwohl: Die Konsequenz aus den Konfliktlebnissen war meist nicht die Qualifizierung der individuellen Konfliktfähigkeit. Viel öfter war das Bestreben zu beobachten, umgotteswillen nicht noch einmal so unangenehm aufzufallen. Insofern sollten die nunmehr oft so ausführlich vorgetragenen Konfliktschilderungen nicht unhinterfragt zur Kenntnis genommen werden. Die Frage nach dem weiteren Verhalten der-/desjenigen ist notwendig und legitim.

Generalabsolution?

Eine Generalabsolution für alle ostdeutschen Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen konnte also aus ggf. innerer Distanz und durchlebten Konflikten nicht abgeleitet werden. Zu unterschiedlich wurden Spielräume genutzt, wurden Grenzverschiebungen angestrebt oder dies unterlassen. Zu sehr waren viele an geistigen Grenzbefestigungen beteiligt. Und zu sehr war der vorausseilende Gehorsam gegenüber der politischen Macht „der Arbeiterklasse“ unter vorgeblich marxistischen WissenschaftlerInnen verbreitet.

Ebenso wenig ist eine Generalabsolution für die an den Hochschulen tätigen MedizinerInnen, Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen angebracht. Es gab nun mal unterschiedlichste Formen, sich mit der realsozialistischen Macht zu arrangieren. Die daraus folgenden Verstrickungen fanden sich auch in allen wissenschaftlichen Bereichen.

Verstrickungen

Da gab es zum einen die politische Verstrickung. Sie äußerte sich in einheitsparteilichen Hilfestellungen bei den Berufungen infolge angepaßten Verhaltens bis hin zur Kollaboration. Sie äußerte sich zum weiteren im Ausschöpfen aller Möglichkeiten, die sich aus der Verpflichtung jedes/jeder HochschullehrerIn zur „kommunistischen Erziehung“ der Studierenden ergaben, bis hin zur Betreibung von politisch motivierten Exmatrikulationen.

Zum zweiten muß die fachliche Verstrickung genannt werden. Sie war dort gegeben, wo WissenschaftlerInnen ihrer aus Sachkompetenz und damit Urteilsfähigkeit erwachsenden Verantwortung nicht gerecht wurden und Unhaltbares mittrugen. Etwa den Zustand des DDR-Gesundheitswesens, die Gefährlichkeit der ostdeutschen Kernkraftwerke, die SED-Landwirtschaftspolitik, den katastrophalen Umweltzustand usw. usw.

Und zum dritten schließlich gab es die administrative Verstrickung. Viele WissenschaftlerInnen nahmen bekanntlich Leitungsfunktionen wahr. Daß sich dabei nicht wenige des Amtsmissbrauchs, der Vorteilsnahme und der Behinderung anderer schuldig machten, ist inzwischen Allgemeinplatz.

Differenzierung

Nun sind durch einige mittlerweile verabschiedete Hochschulenerneuerungsgesetze – HEG – (Berlin: Hochschulergänzungsgesetz) zwei verschiedene HochschullehrerInnengruppen geschaffen worden: zum einen die Gruppe der nach DDR-Recht und zum anderen die der nach HRG Berufenen.

Es gehört zu den witzigeren Aspekten dieses Vorgangs, daß nun auch aus bisher ungewohntem Munde Differenzierung eingeklagt wird. Bislang war bei den meisten Nicht-GesellschaftswissenschaftlerInnen Differenzierung kein Thema. Denn es konnte ja nach landläufiger Auffassung – wenn überhaupt – nur ein Thema sein bei den kollektiv Abgestraften in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen. Da fiel es den meisten Nichtbetroffenen schwer, notwendige Differenzierung als ein Problem bei dem Abwicklungsvorgang anzusehen. Mit dem Bekanntwerden der Absichten einiger Landesregierungen, nun eine generelle Quasi-Abwicklung durchzuführen, hagelte es jedoch Proteste aus den bisher so selbstbewußten Fakultäten.

„Der integrale Wissenschaftler, der sich im engen Rahmen eines totalitären Regimes um seine Wissenschaft bemüht hat, der seine Studenten nicht drangsaliert, sondern gefördert und allen parteilichen Lockungen zur Unterstützung seiner Karriere widerstanden hat, wird auf eine Stufe mit dem Parteifunktionär gestellt, dessen Leitlinie ‚Die Partei hat immer recht‘ war. (. . .) Daß . . . eine differenzierte Einschätzung notwendig ist, zeigt das Beispiel unseres eigenen Fachbereiches . . . Daher sind klare und anschauliche Kriterien notwendig, nach denen gerecht über eine Abberufung entschieden werden kann“, ist etwa in einem offenen Brief früher politisch unauffälliger, gleichwohl von der F.A.Z. zum „Unruheherd“ der Leipziger Uni beförderter Mathematiker³ zu lesen.⁴

Bedauerlich, daß sie die studentischen Positionen erst in dem Augenblick zu übernehmen vermochten, als es um sie selber ging.

Zerstörte Hoffnungen

Welche Hoffnungen mit den landesparlamentarischen Abstimmungen über die HEG zerstört wurden, war – da ja nun nichts unklug genug ist, um nicht auch irgendwo gedruckt zu werden – ebenfalls zu lesen. Ein Leipziger Handelshochschulprofessor schrieb zum sächsischen HEG-Regierungsentwurf, der die Zweiteilung der ProfessorInnengruppe noch nicht vorsah:

„Das Hochschulenerneuerungsgesetz (gemeint war der HEG-Entwurf – p.p.) trägt unmittelbar mit dazu bei, den Erneuerungsprozeß auf allen Stufen und Ebenen der Hochschule durchzusetzen. (. . .) Durch das Gesetz erhält der Hochschullehrer seine Stellung, die der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt.“⁵ Aha.

Notwendige Abwicklung?

Das Muster für die neuesten Vorgänge – die Abwicklungsbeschlüsse vom Dezember 1990 – wurde damit freilich in seiner Gründlichkeit noch nicht erreicht. Die Abwicklung sollte vorweg die Probleme in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereichen gründlichst lösen. Die Frage wird immer wieder gestellt, ob es dazu dieser Abwicklung bedurft hätte. Die Antwort muß geteilt werden. Erstens ist sie auf der Grundlage der Bedingungen des Transformationsjahres 1990 zu sehen. Zwei-

tens aufgrund der Bewertung der am Jahresende 1990 zu konstatierenden Zustände.

1990: Erneuerung?

Zum ersten. Hartnäckig wurde und wird kolportiert, die DDR/ostdeutschen Hochschulen hätten über ein Jahr Zeit gehabt zur selbständigen Erneuerung. Sie hätten diese Chance erkennbar nicht genutzt. Drei Fragen müssen gestellt werden: Wo hat sich denn in deutschen Landen schon einmal eine Universität ausschließlich aus eigener Kraft erneuerungsfähig gezeigt? Warum sollte das ausgerechnet an den ostdeutschen Hochschulen zum ersten Mal gelingen? Und: Gab es tatsächlich keine Bestrebungen zur Aufbrechung alter Strukturen, zu personeller Selbstreinigung und zu inhaltlicher Erneuerung innerhalb der Hochschulen?

Es gab diese Bestrebungen. Sie haben einiges bewirkt. Sie waren zu schwach, um Entscheidendes zu verändern. Gründe dafür lagen insbesondere darin, daß die Initiativen zersplittert waren, daß auf zu vielen Ebenen und nach mehreren Seiten hin gearbeitet werden mußte, daß es aus unterschiedlichen Motiven auch gegenseitige Vorbehalte unter den verschiedenen Erneuerungsgruppen gab.

Aber: Selbst wenn dies alles hätte ausgeräumt werden können, wäre den Initiativen kaum ein den Umgestaltungserfordernissen adäquater Erfolg beschieden gewesen. Zu sehr sind Hochschulen in sich selbst verankert, können sie sich nach außen abschotten. Diese westdeutsche Erfahrung wurde von den hilfsbereiten, ansonsten soviel wissenden Importberatern (Frauen waren da nicht bei) in den Ministerien damals offensichtlich noch nicht vermittelt.

Nötig gewesen wäre im DDR-Hochschulwesen des Jahres 1990, die durchaus vorhandenen inneruniversitären Erneuerungsimpulse zu verstärken durch außeruniversitäre. Daß dies nicht geschah, ist zuvorderst den politischen Funktionsträgern anzulasten.

Das Gegenteil geschah. Die politische Administration wirkte bei der Erneuerung eher als hemmendes Element. Es gab beispielsweise keinerlei Bestätigung oder wenigstens Bewertung eingereichter neuer Fachbereichsstrukturen. Beantragte Neuausschreibungen von ProfessorInnenstellen wurden weder genehmigt noch abgelehnt. Es gab keine Unterstützung für die Konsequenzen, die sich aus nicht bestandenen Vertrauensfragen akademischer FunktionsträgerInnen hätten ergeben müssen. Das heißt, es wurden keine Abberufungen dieser Leute von ihren Ämtern (nicht ihren Lehrstühlen) ausgesprochen. Für die Verwirklichung einer grundlegenden Erneuerung fehlten weiterhin die juristischen und administrativen Durchsetzungsmechanismen. Wo sie in Ansätzen vorhanden waren, wurden sie von politischer Seite nicht genutzt.

Die Behauptung, es hätte am politischen Unwillen gelegen, wird politikereits natürlich als Unterstellung zurückgewiesen. Gut, dann lag es vielleicht an der Hektik, mit der der DDR-Anschluß vorangetrieben wurde. Es fehlte einfach an Zeit und Arbeitsruhe. Doch auch diese Hektik haben am allerwenigsten die ErneuerungsaktivistInnen an den Hochschulen zu verantworten.

Abwicklung: Reformerisches Potential?

Zum zweiten. Nun war also das 90er Jahr fast vorbei, und in der Tat: Es hatte sich erschreckend wenig an den Hochschulen

getan. Da erschien vielen die Abwicklung als zwar schmerzhaft, doch angesichts der Situation auch einzig mögliche Notbremsung. Eine Notbremsung, um vor der sich jahrelang hinziehenden gerontologischen Lösung des Problems jetzt noch zu spürbaren Veränderungen zu kommen.

Es muß zugestanden werden: Die Abwicklung hätte durchaus reformerisches Potential in sich bergen können. Drei Voraussetzungen wären dafür nötig gewesen:

1. Gleichbehandlung – also wenn schon, dann alle abwickeln. Eine Forderung, die wegen Unbefangenheit am ehesten von Studierenden formuliert werden konnte.

2. Klare und praktikable Modalitäten inklusive vor allem nachvollziehbarer Kriterien für die Personenbegutachtungen und angemessener Mitbestimmung der Hochschulangehörigen selbst. Das einzufordern, war denn auch die wesentliche Motivation der zum Jahreswechsel gegen die Abwicklung protestierenden StudentInnen, und nicht, sich „gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulen“ zu wehren.⁶

Dabei ist mit den Protesten durchaus auch einiges erreicht worden. Achtstündige Verhandlungen in Leipzig zwischen dem sächsischen Wissenschaftsminister Meyer, VertreterInnen der die Rektoratsetage besetzt haltenden Studierenden und des Akademischen Mittelbaus sowie der Leipziger Uni-Leitung etwa erbrachten wichtige Übereinkünfte. Es wurde dort der Inhalt des für alle Hochschulen im hochschul- und studentInnenreichsten ostdeutschen Bundesland verbindlichen Erlasses über Durchführungsbestimmungen zum Abwicklungsbeschluß vom 9. 1. 1991 erarbeitet.⁷ Allerdings konnten bei den gegebenen Kräfteverhältnissen naturgemäß nicht alle wichtigen Positionen mit der eigentlich notwendigen Deutlichkeit durchgesetzt werden.

3. Sicherung der abgewickelten Fachbereiche und der an ihnen tätigen kompetenten und integren WissenschaftlerInnen vor westdeutschen Begehrlichkeiten, die den Rahmen notwendiger (und gewünschter) Unterstützung überschreiten.

Diese Voraussetzungen der Freisetzung eines möglichen reformerischen Potentials der Abwicklung waren nicht gegeben und wurden seither nur in Ansätzen geschaffen. Die Abwicklung war also und blieb ein rechtlich problematischer, haushalts- wie auch wissenschaftspolitisch fragwürdig motivierter Vorgang. Gleiches gilt für die erneuerungsgesetzliche Schaffung zweier HochschullehrerInnengruppen. Denn auch hier fehlen in den formulierten Modalitäten bislang Sicherheiten für leistungsfähige und integre WissenschaftlerInnen sowie Regelungen, die die Chaotisierung des Studien- und Forschungsbetriebes verhindern.

Trotz allem bzw. gerade deswegen: Die Vorgänge haben einiges bewirkt. Sehr viel Negatives, aber auch lange Überfalliges. Letzteres zu konstatieren, muß nicht das Aufgeben der prinzipiellen Kritik bedeuten. Zu den grundsätzlich zu kritisierenden Aspekten ist in den letzten Monaten Ausführliches publiziert worden.⁸

Mangelnde Selbstreflexion

Etwas anderes ist seitens der Betroffenen (wieder mal) weithin kaum geleistet worden: die kritische Reflexion des eigenen Verhaltens in den ablaufenden Prozessen sowie dessen, was diesen vorausging. (Und, wenn das einmal angemerkt werden darf, die um die Jahreswende gegen die Abwicklung protestierenden StudentInnen spürten dies ziemlich zeitig: Die Einbeziehung von Lehrkräften in die studentischen Proteste geschah

sehr überlegt und differenziert.) Von wem aber darf denn eine umfassende Reflexion – also inklusive Selbstreflexion – der Teilprozesse dessen, was euphemistisch Einigungsprozeß genannt wird, erwartet werden, wenn nicht von den hauptberuflich Denkenden?

Sicherlich: Vorgänge, die – vorsichtig gesagt – Veränderungen der sozialen Stellung der/des einzelnen bedeuten können, eignen sich nicht sonderlich zur Entwicklung risikolosen Mutigseins. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen west- und ostdeutschen WissenschaftlerInnen. Die zu stellende Frage ist: Darf etwas Mut auch einmal erwartet werden, wenn es nicht völlig ohne Risiko geht? Die zu machende Anmerkung ist: Die als so vorbildlich gepriesene westdeutsche Wissenschaft bietet da wenig nachahmenswerte Beispiele. Die Peter Brückners – beispielsweise – sind auch dort selten.

Fatale Solidarisierung

Eine der kaum beleuchteten problematischen Wirkungen der Abwicklung ist etwas ansonsten gemeinhin positiv Bewertetes gewesen: die Solidarisierung unter den WissenschaftlerInnen. Es war eine fatale Solidarisierung.

Alle Betroffenen waren naheliegenderweise gegen die Abwicklung. Aber nicht alle Betroffenen waren genauso laut dagegen. Zu SprecherInnen der Empörung über die Arroganz der Macht schwangen sich unter anderen gerade auch die Unglaublichsten auf: exponierte „wissenschaftliche“ VertreterInnen der verflochtenen realsozialistischen Machtarroganz. Das diskreditierte naturgemäß das ganze Anliegen.

Ein Leipziger Jura-Professor etwa lobte plötzlich über alle verfügbaren Sender die protestierenden StudentInnen. Vergessen schienen ihm die Auseinandersetzungen mit den Studierenden über den von ihm und einem Kollegen verfaßten Referentenentwurf einer Uni-Verfassung. In diesem waren konservativste Hochschulmodelle von vor 1968 zitiert worden⁹, und er verursachte folgerichtig das Platzen eines Leipziger Uni-Konzils.

Oder: Eine Leipziger Philosophieassistentin schleuderte im Dezember 1990 im überfüllten Hörsaal 13 der Karl-Marx-Uni dem sächsischen Wissenschaftsminister Meyer zwei Fragen ins Gesicht:

Erstens: „Sollen denn wir hier in Ostdeutschland durch den Anschluß nun zum zweiten Mal den Krieg verlieren?“ – Wer so fragt und offenbar nicht bemerkt, wie die Fragestellung ein unterschwelliges Bedauern über das erste Verlieren des zweiten Weltkrieges transportiert, sollte wohl allerdings vorsichtshalber besser abgewickelt werden.

Ihre zweite Frage: „Warum bin ich nur so blöd gewesen und im Osten geblieben?“ – Manche/r ist – und das kann ja nicht einfach verschwiegen werden – im Osten geblieben, weil sie/er im Westen chancenlos gewesen wären. Die aus ehrenwerteren Gründen im Osten blieben, stellten solche Fragen nicht. Sie gehen dafür z. T. jetzt: Weil sie Angebote bekommen.

Keine interne Differenzierung

Genau ihnen freilich ist im Zusammenhang mit der Abwicklung der Vorwurf bezüglich des Solidarisierungsphänomens zu machen. Sie vermochten nicht, sich wirksam der Vereinnahmung für die Einheitsfront gegen die Abwicklung durch alte Wissenschaftsstalinsten zu entziehen. Interne Differenzierung, wie es

sie vorher durch politische Konflikte in Ansätzen gegeben hatte, wurde nach den Abwicklungsbeschlüssen kaum vorangetrieben. Sicher ist es schwierig, auf den konservativen Frontalangriff mit kollektiver Selbstzerfleischung zu antworten. Die Zeiten jedoch sind (und die vorangegangenen Zeiten waren) nicht so, daß etwas unterlassen werden dürfte allein deshalb, weil es schwierig ist.

Folgeschwere erhielt diese Unterlassung inzwischen: Ein anderer Teil von WissenschaftlerInnen verabschiedete sich bald aus der Anti-Abwicklungs-Einheitsfront, um sich Ergiebigerem zu widmen. Die Transformation alter Beziehungen in neue connections verlangte die Abgrenzung von anderen Altlasten. Da dies unbehelligt von Auseinandersetzungen innerhalb der ostdeutschen WissenschaftlerInnengemeinde stattfand, können diese Damen und Herren inzwischen durchaus Erfolge verzeichnen.

Beispielsweise wurden im Juli ostdeutsche Wissenschaftler in den Wissenschaftsrat hinzuberufen. Einziger Vertreter der neufünfländischen Sozial- und Geisteswissenschaften ist dort nun ein keineswegs ideologieneutraler Kollege von der vermeintlich ideologieneutralen Logik im Fachbereich Philosophie der Leipziger Uni. Die durch ihn verkörperte Kontinuität des Konformismus fand sich 1990 signifikant formuliert: Als er eine Argumentation verwendete, die den Studierenden von ihm noch aus dem Jahre 1988 in den Ohren klingelte,

Damals hatte er nach dem Verbot des sowjetischen Digest „Sputnik“ in der DDR die aufmüpfigen, vernehmlich protestierenden PhilosophiestudentInnen mit einem außerordentlich kämpferischen Argument zu disziplinieren versucht: Eine politisch allzu auffällige Philosophiesektion könne von Berlin aus in ihren Arbeitsmöglichkeiten empfindlich beschnitten werden. Deshalb dürfe die politische Unruhe nicht nach außen dringen!

Im Oktober 1990 formulierte er auf einer Podiumsdiskussion zum Uni-Namen „Karl Marx“:

„Vergessen Sie doch nicht, daß das Umfeld doch nicht mehr dasselbe ist! . . . wenn aber die Sachen nun einmal so liegen, und wir diese Universität so weiterführen können, wenn wir mit einer Vergangenheit brechen . . ., dann müssen wir uns auch in diesem Punkt von dem Namen jetzt trennen . . . –, wenn wir ihr eine Chance geben wollen, wenn wir erreichen wollen, daß Stellen, die wir sonst abgeben müßten, daß Stellen durch Drittmittel –, also dann, daß wir Finanzmittel bekommen . . ., können wir gar nicht anders, als uns der geschichtlichen Tatsache zu stellen, daß ein sozialistisches Experiment gescheitert ist, und daß man das Bekenntnis zu diesem Namen immer in dieser Richtung auslegen wird und gegen die Universität verwenden wird. Das wollen wir verhindern . . . Die Diskussionen kommen ja erst noch, und der Name wird uns wie ein Blitzableiter sozusagen, wird wie ein Blitzableiter wirken und wird uns in die ganzen Diskussionen noch extra hineinziehen und die Universität. Und das möchten wir nicht . . . Wir müssen berücksichtigen, in welcher Zeit und sozialem Umfeld wir uns jetzt befinden. Wir können gar nicht anders.“¹⁰

Von diesem Herrn, dessen kämpferische Vertretung ostdeutscher Interessen im Wissenschaftsrat zu beobachten sich empfehlen wird, war bisher noch kaum ein Wort zu seiner Vergangenheit als marxistisch-leninistischer Philosoph und Parteisekretär zu vernehmen. Da gibt es welche, bei denen das anders ist. Allerdings muß das nicht unbedingt so viel besser sein. Der Mangel an interner Auseinandersetzung bei den ostdeutschen WissenschaftlerInnen hat auch die z. T. haarsträubende Qualität der Schuld- und Reuebekenntnisse zu verantworten.

Schuld- und Reuebekenntnisse

Diesen Schuld- und Reuebekenntnissen mangelt es in aller Regel an Ursachenforschung. Sie bleiben beschränkt auf die Konstatierung, daß sich das früher Erarbeitete und Gelehrte als falsch herausgestellt hat, werden kontaminiert mit etwas Selbstanklage, dies erst bemerkt zu haben, als die Realität nichts anderes mehr zuließ, und münden über mehr oder weniger deutlich formuliertes diesbezügliches Bedauern in die Aussage, daß aber nicht alles falsch war von dem, was mensch früher erforscht und gelehrt hat.

Das mag stimmen (in dem einen oder anderen Fall aber mit Sicherheit auch nicht!). Nur: Das sich wiederholende Muster macht mißtrauisch. Eben weil immer wieder das gleiche Defizit zu bemerken ist. Es fehlt meist eine Analyse von Strukturen und Mechanismen. Wo sie vorkommt, meint mensch, den Bericht einer/s Außenstehenden zu lesen. Es scheint abgeschrieben von den Außensicht-Analysen der westdeutschen DDR-Forschung der letzten zwanzig Jahre. Wer eine eigenständige Analyse nicht zu leisten vermag, wird dauerhaft unglaubwürdig bleiben, läßt auch für die Zukunft kein kritisches Verhältnis zu seinem Gegenstand erwarten und sollte sich also aus der Wissenschaft besser verabschieden.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wenn etwa ein Methodiker des Wissenschaftlichen Kommunismus – inzwischen zum Didaktiker der Politischen Bildung mutiert (nichts gegen Lernfähigkeit, aber *dieser* Sprung kam zu plötzlich und unreflektiert) – seine fachliche Vergangenheit mit folgendem banalen Satz „bewältigen“ zu können glaubt: „Auch die professionellen Methodiker, der Vortragende eingeschlossen, hatten Anteil an politisch-ideologischer Indoktrination im MLG, indem sie mit dazu beitrugen, indoktrinär angelegte Lehre didaktisch-methodisch aufzubereiten und damit effektiver zu gestalten“¹¹ – wenn das also alles sein soll: Dann kann in diesem Falle tatsächlich nur der F.A.Z. zugestimmt werden: „Lieber abwickeln.“¹²

Reinigende Wirkungen . . .

Auch unter integren AbwicklungskritikerInnen wird durchaus eine gewisse Befriedigung empfunden ob der auch reinigenden Wirkungen der Abwicklungsprozesse. Daß die/der einzelne hierbei z. T. in ein soziales Loch fällt, wird dabei gewiß nicht übersehen und kann kaum begrüßt werden. Dies jedoch ist ein übergreifend zu kritisierender Punkt an den ablaufenden Entwicklungen in den Fünf Neuen Ländereien. Eine isolierte Betrachtung bezogen auf den Wissenschaftsbereich ist unangemessen. Manche/r hat zunächst einmal einfach das Recht auf Wissenschaft als Beruf verspielt. Das ist die primäre Aussage diesbezüglich.

. . . und Gefahren

Jedoch: Andere haben sich das Recht auf Wissenschaft als Beruf auch gerade verdient durch ihre fachlichen Leistungen unter widrigen Arbeitsbedingungen und ihr Widerstehen gegenüber Korruptionen unter gleichfalls widrigen politischen Umständen. Sollte von diesen eine/r keine Chance erhalten, ist dies dem Versagen nicht nur der kritischen ostdeutschen, sondern auch dem der kritischen westdeutschen Wissenschaft in den derzeitigen Abläufen geschuldet. Absehbar scheint dies bereits. Den durch die Personalkommissionen mittlerweile

positiv Begutachteten etwa ist nun keineswegs das sich aus einer solchen Einschätzung eigentlich logisch Ergebende widerfahren: Die Gleichstellung gegenüber den nichtabgewickelten KollegInnen. Also z. B. die arbeitsrechtliche Gleichstellung.

Die retardierenden Auswirkungen der ostdeutschen Vorgänge auf die gesamtdeutsche Wissenschaft werden längerfristig nicht ausbleiben und um so nachhaltiger sein.

1 Horst Lange/Uwe Matthes: Ein Jahr danach. Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR. In: *Deutschlandarchiv* 11/1990, S. 1 749.

2 Wider die Schere im Kopf. Interview mit Prof. Dr. Bernd Okun. In: *Pädagogik* (Ost-Berlin) 4/1990, S. 273.

3 F.A.Z. vom 5. 6. 1990, S. 4.

4 Protest gegen Abberufung. In: *Universitätszeitung* (Leipzig) vom 10. 6. 1991, S. 1.

5 Prof. Trope: Leserbrief in *Leipziger Volkszeitung* vom 24. 5. 1991, S. 20.

6 *Der Spiegel* 1/1991, S. 24.

7 Abgedruckt in: Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten im Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig, hrsg. vom StudentInnen-Rat der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1991, o. S.

8 Vgl. etwa Horst Konzen: Die „Abwicklung“ und der Rechtsstaat. In: *F.A.Z.* vom 12. 2. 1991, S. 10; Peer Pasternack: Proteste an der KMU – Warum? Bestandsaufnahme – Zwischenbilanz. In: *Rundbrief Büro der Asten und StudentenRäte* (Bonn) 1/1991, S. 62–65; auch – zum Gesamtkomplex Evaluierung/Abwicklung/Neustrukturierung – Dieter Simon: Wie im Westen so auf Erden. Die alte Wissenschaftsroutine lähmt die neuen Länder. In: *F.A.Z.* vom 19. 3. 1991, S. 33.

In *Das Hochschulwesen* fand sich merkwürdigerweise bisher noch nichts zu diesen Prozessen – abgesehen von Randbemerkungen und der Erklärung der ostdeutschen Evangelischen Studentengemeinden (2/1991, S. 70).

9 *Universitätszeitung* (Leipzig) vom 23. 4. 1990, S. 3 f.

10 Lothar Kreiser: Diskussionsbeitrag auf der Podiumsdiskussion „ ‚Karl Marx‘ – passender Uni-Name oder unpassendes stalinistisches Symbol?“, Leipzig, 16. 10. 1990, Tonbandprotokoll. In: *Campus. Leipziger StudentInnenzeitung*, Sondernummer vom 26. 10. 1990, o. S. Nachgedruckt in: *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung. Unkommentiert*. Hrsg. vom StudentInnenRat der Uni Leipzig, 1991, S. 84.

11 Roland Winkler: Notwendigkeit, Legitimation, Funktion und Aufgaben demokratischer politischer Erwachsenenbildung. In: *Das Hochschulwesen* 3/1991, S. 133.

12 *F.A.Z.* vom 21. 12. 1990, S. 33.